

«Die Natur ist unsere Lebensgrundlage»

Lange Zeit hat die Ökonomie die Kosten der Umweltzerstörung ignoriert. Als Antwort auf die ökologischen und sozialen Probleme des unkontrollierten Wirtschaftswachstums und der Bevölkerungsexplosion hat sich in den 1960er Jahren die Umweltökonomie als ein wichtiger neuer Forschungszweig entwickelt. Dr. Hans Christoph Binswanger, emeritierter Professor für Ökonomie an der Universität St. Gallen und ehemaliger Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie sowie des Instituts für Wirtschaft und Ökologie, ist ein Wachstumskritiker der ersten Stunde. In einem Interview nimmt er Stellung zum ökologischen und ökonomischen Gleichgewichtszustand, zur Rolle der ökologischen Ökonomie beim Schutz der Umwelt und zur Energiepolitik der Schweiz.

Herr Binswanger, Sie haben in den 1960er Jahren als einer der ersten Wissenschaftler in der Schweiz den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie hergestellt. Ihre 1969 gehaltene Antrittsvorlesung trug den Titel «Wirtschaftliches Wachstum – Fortschritt oder Raubbau?». Gegen was richtete sich Ihre Kritik genau?

Das Grundprinzip der modernen Wirtschaft ist das exponentielle Wachstum. Exponentiell bedeutet, dass die konstante Wachstumsrate jeweils auf die Vorperiode bezogen ist. Das heisst: der Zuwachs wächst mit. Ich habe mich damals gefragt, ob ein solches Wachstum des Sozialprodukts, das mit einem entsprechenden Verlust an natürlichen Ressourcen einhergeht, in unserer begrenzten Welt überhaupt möglich ist.

Und zu welchem Schluss sind Sie gekommen?

Der Mensch kann gar nicht existieren, wenn er nicht mit der Natur existiert. Die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Sie ist in diesem Sinne sozusagen Teil unseres Körpers. Wir können zwar mit unserer Erfindungsgabe mehr aus der Natur herausholen, als sie von sich aus bietet. Aber wir müssen ihre Substanz auch als Lebensgrundlage bewahren. Die oberste Richtlinie der Ökonomie ist das ökonomische Prinzip, nämlich der haushälterische Umgang mit knappen Gütern. Es ist notwendig, die Nutzung aller knappen Güter – also auch der Naturgüter – so zu gestalten, dass zwar der grösstmögliche Nutzen daraus gewonnen werden kann, dass aber die Grenzen der Nutzung nicht überschritten werden.

Hat man damals verstanden, was Sie wollten? Immerhin galt das Wirtschaftswachstum als etwas Selbstverständliches.

Immer mehr Menschen haben sich damals gefragt, wovon wir denn eigentlich leben und was denn da im Rahmen des Wirtschaftswachstums eigentlich wirklich wächst. Die ökologische Ökonomie oder Umweltökonomie ist damals gleichzeitig an verschiedenen Orten der Welt zu einem wichtigen Forschungsthema geworden. 1972 erschien der Bericht «Grenzen des Wachstums» des Club of Rome. Kurz darauf hat der Schweizerische Nationalfonds beträchtliche Mittel für die Finanzierung eines interdisziplinären Forschungsprojektes bewilligt, das zum Ziel hatte, Vorschläge für die Gestaltung einer umweltkonformen Wirtschaft zu erarbeiten. Ich wurde zusammen mit dem Physiker Theo Ginsburg mit der Leitung



Prof. em. Dr. Hans Christoph Binswanger

des Forschungsteams beauftragt. Die Vorschläge haben wir im Buch «Wege aus der Wohlstandsfalle» zusammengefasst, das 1978 erschienen ist. Dabei haben wir unsere Empfehlungen eingeteilt in «Schritte in die richtige Richtung» im Sinne eines qualitativen Wachstums und in «Strukturen einer alternativen Gesellschaft» auf der Basis des Ausbaus der Sozialdienste, umweltgerechterer Eigentumsrechte sowie einer Umgestaltung der Rechtsformen der Unternehmungen.

Wurde diese Studie fortgesetzt?

Als Ende der 1970er Jahre die Beschäftigungsraten sanken und der Umweltschutz zum Teil dafür verantwortlich gemacht wurde, habe ich mit einigen deutschen Kollegen zusammen ein Buch über «Arbeit ohne Umweltzerstörung» verfasst, das 1983 erschienen ist. Es ging darum zu überlegen, wie Umweltschutz und höhere Beschäftigung

gleichzeitig realisiert werden können. Am meisten Beachtung gefunden hat wohl der Vorschlag zur Einführung einer ökologischen Steuerreform. Es geht dabei um die Finanzierung eines Teils der Altersrenten durch die Erhebung einer Energieabgabe bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten. Auf diese Weise wird der Energiekonsum durch Verteuerung der Energie zurückgeschraubt und damit die Umweltbelastung reduziert, während gleichzeitig die Beschäftigung gefördert wird, weil sich durch die Senkung der Lohnnebenkosten die Arbeit verbilligt. In Deutschland ist diese Idee ziemlich vorschlagsgetreu verwirklicht worden, ansatzweise auch in anderen Ländern; in der Schweiz aber (noch) nicht.

Haben Sie noch andere Vorschläge in Richtung einer Ökologisierung der Wirtschaft gemacht?

Ich möchte noch zwei nennen – einen erfolgreichen und einen weniger erfolgreichen. Der erfolgreiche war die Einführung von Flächenbeiträgen zur Unterstützung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Reduktion der Preisstützung für landwirtschaftliche Produkte. Mit der Preisstützung waren die Bauern gezwungen worden, die Produktion unter Einsatz von möglichst viel Dünger, Pestiziden und Herbiziden zu forcieren – ungeachtet der daraus folgenden Umweltschäden. Diese sollten mit dem Vorschlag für die Einführung von Flächenbeiträgen, die unabhängig von der Produktionsmenge sind, vermindert werden. Dieser Vorschlag, den ich 1970 in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht habe, wurde zuerst in die schweizerische Agrarpolitik aufgenommen. Von der Schweiz aus hat dieser Vorschlag über Österreich den Weg in die EU genommen. Er ist heute in etwas modifizierter Form zu einem wesentlichen Bestandteil der europäischen Agrarpolitik geworden. Der weniger erfolgreiche Vorschlag war institutioneller Natur. Ich habe zusammen mit einigen Kollegen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in einer Petition an die EU-Kommis-

sion im Jahr 1994 die Einrichtung eines Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsrates vorgeschlagen, der vor allem aus Wissenschaftlern besteht. Dieser soll nicht nur beratende Funktion haben, sondern bestimmte rechtlich verankerte Mitwirkungsrechte auf Gesetzes- und Verordnungsebene besitzen. Diesen Vorschlag haben wir auch weiter verbreitet, in der Meinung, dass er auch auf nationaler oder regionaler Ebene realisiert werden könnte. Meines Wissens wurde dieser Vorschlag bisher aber nur in Vorarlberg aufgegriffen, wo ein Umweltrat gegründet wurde, dessen Anhörung für die Regierung verpflichtend ist. Ich denke jedoch, dass dieser Vorschlag weiterhin aktuell ist.

Wie beurteilen Sie generell die Erfolge der Umweltbewegung?

Die Umweltbewegung hat zweifellos viel bewirkt. Der Umweltschutz ist vor allem durch Gebote und Verbote im Sinne der Begrenzung der Emission von Schadstoffen realisiert worden. An der Erarbeitung der entsprechenden Normen waren in erster Linie Naturwissenschaftler beteiligt. Die Ökonomen haben vor allem die Schaffung von Abgaben auf einzelne Schadstoffe propagiert, von denen in der Schweiz auch einige im Rahmen der Umweltschutzgesetzgebung realisiert wurden. Es war aber in erster Linie die Idee der Plafonierung der Emission der Treibhausgase, insbesondere von CO₂, die die Ökonomen auf den Plan gerufen hat. Diese setzten sich für die Aufteilung der zulässigen Emissionsmengen in Emissionszertifikate und deren Verkäuflichkeit ein. Diese Idee ist ja unterdessen auf der Basis des so genannten Kyoto-Protokolls in ersten Ansätzen realisiert worden. Ich hatte mich seinerzeit auch für diese Idee eingesetzt, bin aber etwas vorsichtig geworden bei der weiteren Propagierung, da sich bei der Kontrolle des Handels mit den Zertifikaten grosse Probleme ergeben – der Handel ist nämlich sehr korruptionsanfällig.

Werden die Massnahmen zugunsten der Umwelt nicht durch das weitere Wirtschaftswachstum mit einem zusätzlichen Ressourcenverbrauch und einer entsprechenden Zunahme der Emissionen und anderer Umweltprobleme überdeckt?

Da liegt zweifellos das Problem. Ohne radikalere Massnahmen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und damit der Entstehung von Emissionen lässt sich ein echter Umweltschutz nicht verwirklichen. Dies gilt insbesondere auch für den Energieverbrauch.

Viele Umweltschützer sind allerdings der Meinung, dass es genüge, die nicht erneuerbaren Energien durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Hans Christoph Binswanger (1929 in Zürich) ist Ökonom und lehrte von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1994 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Von 1967 bis 1992 war er Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie, seit 1980 geschäftsführend. Von 1992 bis 1995 wirkte er als Direktor des neu gegründeten Instituts für Wirtschaft und Ökologie. Er ist Autor herausragender Bücher wie «Wege aus der Wohlstandsfalle», «Arbeit ohne Umweltzerstörung», «Geld und Magie – eine ökonomische Deutung von Goethes Faust». Er entwickelte die Idee einer ökologischen Steuerreform und gilt als profiliertes nicht-marxistischer Geld- und Wachstumskritiker. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten zählen Umweltökonomie, Geldtheorie, ökonomische Theoriegeschichte und Europäische Integration. In seiner Forschung hat Binswanger die Grenzen der eigenen Disziplin immer wieder überschritten und ist dadurch auch einem breiteren Publikum bekannt geworden. Seine Offenheit für alternative Denkansätze und Lösungsstrategien hat ihn zu einem der bekanntesten und profilierten Kritiker der herrschenden Hauptströmungen der Nationalökonomie werden lassen. Binswanger konnte zahlreiche Ehrungen entgegennehmen.*

Das ist meiner Meinung nach falsch. Auch die erneuerbaren Energien bringen Umweltschäden mit sich. Das gilt vor allem für die Nutzung der Windkraft und der Wasserkraft. Gegen die Überflutung ganzer Täler zur Stromerzeugung gibt es vielfachen Widerstand. Aber auch der forcierte Bau von Windkraftanlagen ist problematisch. Das bisschen Energie, das die Windräder liefern – besonders in der Schweiz –, rechtfertigt in keiner Weise die Zerstörung der Landschaft, die damit verbunden ist! Die umweltfreundlichste Energie ist die, die nicht verbraucht wird.

Viele Ökonomen sind aber der Meinung, dass das Wachstum der Wirt-

schaft notwendig ist und der Ressourcenverbrauch nicht gestoppt werden kann.

Wenn wir die institutionellen Grundlagen unserer Wirtschaft so lassen, wie sie sind, dann haben sie Recht. Ich habe dies in meinem vor kurzem veröffentlichten Buch «Die Wachstumsspirale – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses» dargelegt.

Wie soll es weitergehen?

Ich denke, wir werden auch auf die weiterreichenden Vorschläge, die wir im Buch «Wege aus der Wohlstandsfalle» gemacht haben, zurückgreifen müssen. Diese Vorschläge werden eigentlich erst heute richtig aktuell. Es geht

darum, die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie weniger auf Wachstum angewiesen ist.

INTERVIEW: PROF. EM. DR. ETH FRANK
KLÖTZLI, DR. SUSANNE HALLER-BREM
TEXTDOKUMENTATION: DR. GREGOR KLAUS

Prof. em. Dr.
Hans Christoph Binswanger
Institut für Wirtschaft und Ökologie
Tigerbergstrasse 2
CH-9000 St. Gallen
Telefon 071 224 2584
hans-christoph.binswanger@unisg.ch